

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 16 (1948-1949)
Heft: 12

Artikel: Der Offizier als Bürger : die militärische Aufklärung als staatspolitische Aufgabe
Autor: Wanner, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-759563>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER OFFIZIER ALS BÜRGER

Die militärische Aufklärung als staatspolitische Aufgabe

VON FRITZ WANNER

Verwischung der Grenzen zwischen Aufklärung und Propaganda

Der Krieg hat auf dem Gebiet von Aufklärung und Propaganda zu einer verhängnisvollen Verwirrung der Begriffe geführt. Immer mehr vermischten sich die Grenzen zwischen Information, Aufklärung und Propaganda. Der Ausbau des staatlichen Propagandaapparates erreichte ungeahnte Ausmaße und wurde zu einem wichtigen Bestandteil der Kriegführung. Propaganda- und Informationsministerien sorgten überall dafür, daß Völker und Armeen geistig nicht schlappmachten. Daß Bürger und Soldat in ihrer geistigen Bereitschaft nicht nachließen. Zwischen Propaganda und Information war nur noch ein gradueller Unterschied. Je mehr man Propaganda und Information ganz in den Dienst der Kriegführung stellte, um so weniger ließ sich die frühere Unterscheidung aufrechterhalten.

Die wenigen neutralen Kleinstaaten im Schnittpunkt und Kreuzfeuer der Nervenkriegführung der Mächte erhielten hier einen Anschauungsunterricht, der nicht ohne Folgen bleiben konnte. Der offenbare fortgesetzte Mißbrauch dieser Hilfsmittel der geistigen Kriegführung konnte sich zunächst nicht anders als in einem allgemeinen Mißtrauen gegen jede Art von Aufklärung und Propaganda äußern, wie sie bei uns für die erste Nachkriegszeit als typisch betrachtet werden muß. Das hat für uns seine großen Gefahren. Denn eine generelle Verurteilung oder auch nur eine Unterschätzung des Wertes einer gut dosierten Aufklärung für die Regierungstätigkeit und besonders auf die Einstellung des Volkes zur Landesverteidigung und deren zeitgemäßen Ausbau könnte unabsehbare Folgen haben.

Wenn wir ehrlich sind, so müssen wir uns darüber klar sein, daß bei uns auf diesem Gebiet in der Schweiz bisher nicht zuviel, sondern zuwenig getan wurde. Wir dürfen daher den berechtigten Abscheu vor den Exzessen der ausländischen Kriegspropaganda nicht einfach auf unser Land übertragen. So ist insbesondere in der heutigen Uebergangszeit eine vermehrte Anstrengung für eine bessere Orientierung der Oeffentlichkeit über Militärfragen unumgänglich. Denn ob unsere Offiziellen es wahrhaben wollen oder nicht: Wir stehen militärisch gesehen an einem der ganz großen Wendepunkte. Der feste Grund,

auf dem unsere Landesverteidigung bisher aufgebaut war, ist erschüttert und steht zur Diskussion. Es gibt von der Bewaffnung, Ausrüstung und Ausbildung bis zum Milizsystem, zur Offiziersauswahl und zum operativen Einsatz der Armee kaum eine militärische Frage, die nicht neu und von Grund auf überdacht werden müßte.

Die Rolle des Offiziers als Bürger

Im Hinblick auf die Umwertung aller Dinge genügt es aber nicht, daß sich nur unsere Militärbehörden und Fachleute an der militärischen Diskussion beteiligen. Nicht sie allein sind berufen, Ordnung in das gegenwärtige Chaos zu bringen, und nicht von ihnen allein ist eine Klärung des gewaltigen Gärungsprozesses zu erwarten. Nein, dazu greift die Armee und die auf dem Milizgedanken schweizerischer Prägung beruhende Landesverteidigung viel zu sehr in alle Bezirke des staatlichen und privaten Lebens ein, als daß sie allein vom militärischen Fachmann neugestaltet werden könnte. Ferner ist zu berücksichtigen, daß der Entscheid in so mancher Hinsicht militärpolitischer und nicht allein militärtechnischer Art ist. Gerade deshalb ist es wünschenswert, den Souverän rechtzeitig ins Gespräch zu ziehen und zur geistigen Mitarbeit zu gewöhnen. Die Erfahrung lehrt bei uns immer wieder, daß militärische Abstimmungen nicht mit dem kurzen Trommelfeuer einer Propagandakampagne gewonnen werden. Enttäuschungen, wie sie auf dem langen Weg der Entwicklung von der Bürgergarde zur kriegsgenügenden Milizarmee uns nicht erspart blieben, sind in Zukunft nur vermeidbar, wenn auf lange Sicht hinaus ein solides Vertrauensverhältnis zwischen Armee, Volk und Stimmbürger sich herausbildet. Voraussetzung für ein solches Vertrauensverhältnis aber ist eine unentwegte und unaufhörliche Aufklärungsarbeit in der Presse, im Radio, im Film, in den Vereinen, in Schule, Elternhaus und im Freundeskreis. Es ist durchaus nicht so, daß diese Aufklärungsarbeit allein den Berufsjournalisten, den Photo- und Radioreportern oder einigen berufsmäßigen Militärschriftstellern überlassen werden kann. Dazu bedarf es auch einer ständigen Dokumentation durch die militärischen Behörden und eines bewußt von den hohen und höchsten militärischen Kommandanten mit der öffentlichen Meinung gesuchten Kontaktes. Vor allem öffnet sich hier aber auch dem für diese Aufgaben Interesse zeigenden Milizoffizier ein dankbares Betätigungsfeld.

Zweifellos bestehen auf diesem bisher vernachlässigten Gebiet noch viele Möglichkeiten, auf den Willen zur Stärkung der Landesverteidigung und zur Hebung des militärischen Verständnisses der Bevölke-

rung Einfluß zu nehmen. Allerdings bedarf es dazu da und dort einer andern Einstellung des Offiziers zur Presse und zum Journalisten. Denn Journalist und Offizier leben in der Schweiz mehr als in manchen andern Ländern noch allzuoft in zwei völlig getrennten Welten. Vor allem zum Beispiel im Vergleich zu Schweden, England oder Amerika, wo die höchsten Offiziere der Armee mit den Chefredaktoren der großen Zeitungen in einem besonders engen Verhältnis stehen und sich für Interviews und zwanglose Gespräche immer wieder zur Verfügung stellen. Bei einer feindlichen Einstellung des Offiziers ist immer die Armee der leidtragende Teil. Das aber kann im Volksstaat schweizerischer Prägung größte Konsequenzen haben. Fehlt es an einer zuverlässigen und dauerhaften Aufklärung, dann wird die Armee in ihren Lebensrechten nur allzu leicht gekürzt. Dann kommt es leicht zu Spannungen zwischen den verantwortlichen militärischen Behörden und dem Volk. Die Folgen sind wilde Kämpfe in der Öffentlichkeit, gegenseitige Entfremdung, eine vergiftete militärische Diskussion. Das aber heißt Zerstörung von Vertrauenskapital, heißt Erschütterung des Fundamentes, auf dem unsere Milizarmee ruht.

Es genügt, in diesem Zusammenhang etwa auf die Diskussion des Generalsberichtes, der Internierungsaffären, der Dienstreglements-Revision, der Frage einer Gesamtkonzeption und der Heeresreform hinzuweisen. Die Freigabe der Diskussion kam so spät, daß man in der Hitze des Gefechtes vorgekommene Ueberbordungen nicht allzu tragisch zu nehmen braucht. Es handelt sich hier größtenteils um ein Abreagieren aufgetauter Unlustgefühle. Man wollte den Kropf einmal leeren, damit nachher die Atmosphäre gereinigt ist. Die gleiche Situation zeigt sich übrigens heute sogar bei den Siegerstaaten, wo Armeefragen ohne große Rücksicht auf Prestige und Staatsinteresse erörtert werden.

Von Abrüstung und allgemeiner Einschränkung der militärischen Vorbereitungen spricht allerdings dort kein Mensch. Im Gegenteil zeichnet sich überall im Ausland das Bestreben ab, die Armeen der Siegerstaaten und der befreiten Länder zu reorganisieren, deren Kampfkraft durch Einführung neuer Waffen und neuer Ausbildungsmethoden zu steigern und die Kriegserfahrungen möglichst rasch und vollständig auszuwerten. Interessant ist für uns dabei die Ausweitung des Milizgedankens bei der Rekrutierung der Spezialisten und die Art und Weise, wie in den USA. die Mobilisierung der Industrie vorbereitet wird. Von dieser Entwicklung sind einzig die besiegten Länder ausgeschlossen. Diese werden wohl auf längere Zeit einen Sonderfall darstellen und zum Beweis ihrer eingeschränkten Souveränität auf die Unterhaltung eines nennenswerten militärischen Machtapparates zu verzichten haben.

Dieser Tatbestand mag für die allgemeine Anerkennung der Aufrechterhaltung einer starken Landesverteidigung eine günstige Ausgangslage schaffen. Auf der andern Seite fehlt es aber nicht an Erscheinungen, die als eine Erschwerung anzusprechen sind. Gemeint ist damit namentlich die Schockwirkung, die von der Verwendung der Atombombe ausgegangen ist. Dazu kommt ferner die Tendenz zu einer immer technischeren Kriegführung, wie sie in der Verwendung von Fernkampfwaffen, selbstgesteuerten Flugzeugen und der Verwendung ganzer Luftarmeen zum Ausdruck kommt. Auf diesem Boden wachsen Kleinmut, Zweifel und die durchaus ernst zu nehmende Sorge, wie der Kleinstaat, will er nicht die sozialen und kulturellen Aufgaben allzusehr vernachlässigen, einer derart technisierten und industrialisierten Kriegführung gegenüber bestehen kann.

Die Diskussion über die Bundesfinanzreform, über die Höhe des Militärbudgets, über die Anschaffung neuer Vampire-Düsenjäger, über Kredite für die wissenschaftliche Forschung, die Gestaltung der W. K., die Zusammensetzung der Landesverteidigungskommission, weist deutlich die Spuren solcher Besorgnisse und Ueberlegungen auf.

Eine fruchtbare Diskussion in diesen Grundfragen unserer Landesverteidigung kann mit einer feindseligen oder auch nur indifferenten Haltung zwischen Offizier und Journalist nicht zu einem guten Ende geführt werden. Der geistige Klärungsprozeß darf auch nimmermehr etwa allein auf die militärische Fachpresse beschränkt bleiben, obwohl dieser eine wichtige Vermittleraufgabe zwischen Fachwelt, Behörden und Oeffentlichkeit zufällt. Wesentlich ist indessen, daß die Militärpolitik von jeher zu einem wichtigen Bestandteil unserer allgemeinen Staatspolitik gehörte. Diese Politik wird in der schweizerischen Demokratie mit dem Stimmzettel, in öffentlicher Versammlung und im Leitartikel der Tagespresse gemacht. Die Armee hat nur zu verlieren, wenn ihr ein strafrechtlicher Schutz gegeben wird, der die Kritik entweder verunmöglicht oder zu einem Schattendasein verurteilt. Auch mit einer übertriebenen Angst vor der Geheimhaltung kann die Aufklärung über Armeefragen schwer geschädigt werden. Von der auf den Aktivdienst zurückgehenden Krankheit der Geheimhaltung und der Einschnürung der militärischen Diskussion müssen wir uns im Interesse der Armee selber schnellstens befreien, auch wenn das nicht allen hohen militärischen Chefs gefallen sollte.

Damit sich Offizier und Journalist näherkommen, sind allerdings auf beiden Seiten viele Vorurteile abzubauen. Der Offizier sieht und empfindet bei der Begegnung mit dem Journalisten immer nur das andere, ihm Fremde. Er hält sich an den äußerlich sichtbaren Eindruck der Formlosigkeit, des Nicht-in-die-Tiefe-Dringens, vielleicht der mangelhaften Kenntnis ihm geläufiger Grundlagen. Er weiß eben

nicht, welche ungeheure Weite der journalistische Beruf umfaßt, welche geistigen Umstellungen hier die normale tägliche Arbeit mit sich bringt. Vor allem aber übersieht er, daß für die Presse die militärischen Dinge immer nur ein Randgebiet darstellen, für dessen Bearbeitung die Fachkenntnis zumeist fehlt.

Presse und Armee sprechen eine durchaus verschiedene Sprache. Damit sie einander besser verstehen können, braucht es von beiden Seiten eine gehörige Anstrengung. Auf der Seite des Offiziers muß mit der Vorstellung aufgeräumt werden, die Berührung mit Presse, Film, Radio, mit Parteien und Verbänden gehe den Offizier nichts an, sie sei mit dem militärischen Denken unvereinbar. Diese Auffassung hat früher viel Schaden gestiftet. Sie hat den Offizier isoliert und die irrtümliche Meinung aufkommen lassen, die militärische Weiterausbildung sei ein Privileg des Geldes und der Herkunft.

Presse und Offizier leiden in ihrem Verhältnis immer wieder unter dem Gesetz der Verallgemeinerung. Es ist nicht mehr zu früh, daß hier Remedur geschaffen wird. Denn unsere Presse, eingeschlossen die Linkspresse und die Gewerkschaftspresse, hat während des Krieges einen wichtigen Beitrag zur geistigen Landesverteidigung geleistet, was auch vom Offizier anerkannt werden darf. Sie hat sich in Zeiten, wo das nicht ungefährlich war, mit Erfolg jeder Gleichschaltungstendenz und jedem Druckversuch widersetzt und trug damit viel dazu bei, daß die Schweiz die Prüfung des Nervenkrieges bestanden hat.

Einige Besonderheiten der schweizerischen Presse¹

Unsere Presse weist einige Besonderheiten auf, über die sich jeder, der mit diesem Instrument arbeiten will, klarzuwerden hat. Eine Käuflichkeit der Meinung, eine Beeinflussung durch die Regierung oder durch private Kreise, die nicht als solche erkenntlich und deshalb ungefährlich ist, kennt man bei uns nicht. Wir sind mit rund 400 politischen Zeitungen und gegen 1500 Zeitschriften das weitaus zeitschriftenreichste Land der Erde. Unter den rund 1000 Berufsjournalisten sind etwa die Hälfte militärdienstpflichtig. Davon leisten je ein Drittel als Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten Dienst.

Zu den Eigentümlichkeiten unserer Presse gehört auch das starke Ueberwiegen der politischen Meinungspresse über die reinen Informations- und Anzeigenblätter. Unser Land kennt, abgesehen etwa

¹ Wer sich näher über diese Dinge orientieren will, findet eine hervorragend konzentrierte Darstellung im vor kurzem herausgekommenen Schriftchen «*Profil der Schweizer Presse*» von Prof. Karl Weber, Verlag Herbert Lang, Bern 1948.

vom «Beobachter», der «Schweizerischen Bauernzeitung» und dem «Zürcher Tages-Anzeiger», keine Blätter mit Riesenauflagen von 100 000 Exemplaren und mehr. Eine Auflage von 20 000 ist schon sehr beträchtlich, denn über 300 Blätter mit ein- bis dreimaligem Erscheinen pro Woche erreichen bei uns nicht einmal eine Auflage von 3000. Diese nur für die Schweiz zutreffenden Verhältnisse sind nichts anderes als der Ausfluß unserer föderalistischen Staatsstruktur. Von einem behördlich gelenkten und beeinflussten Journalismus kann deshalb gar keine Rede sein. Es ist auch bezeichnend und kein Zufall, daß die größten Blätter nicht in Bern erscheinen. Trotz einer ansehnlichen Zahl von in Bern im Bundeshaus akkreditierten Journalisten sowie der Schweizerischen Depeschenagentur, der Schweizerischen Politischen Korrespondenz und einiger anderer Nachrichtendienste, ist eine Uniformierung unserer Presse bisher mit Erfolg vermieden worden.

Diese Vielgestaltigkeit und Eigenwilligkeit der politischen Meinungspresse erschwert allerdings die militärische Berichterstattung und die Behandlung von Fragen der Landesverteidigung. Dafür besteht aber die Garantie, daß in der Schweiz ein Aufkaufen der Presse durch eine einzelne Partei oder Interessengruppe kaum denkbar ist. Handänderungen bei Zeitungsverlegern oder politische Kurswechsel gehören denn auch zu den größten Seltenheiten.

Nur die allerwenigsten Redaktionen verfügen über ein eigenes Militär-Ressort. Eine solche Spezialisierung können sich kleinere und mittlere Blätter nicht leisten. Das mag einer der Gründe dafür sein, warum die Zeitung «Volk und Armee» mit ihrer Spezialisierung auf die Fragen der Heeresreform heute so stark verbreitet ist.

Damit die Militärberichterstattung in der Tagespresse verbessert wird, ist in erster Linie eine bessere Information der Öffentlichkeit durch die Armee selber nötig. Versuche, hier eine Besserung herbeizuführen, stellten während des Aktivdienstes die Sektion Heer und Haus sowie das Pressebureau A. H. Q. dar. Diese Versuche dürfen aber für Friedensverhältnisse nicht als wegweisend betrachtet werden. Denn die Militärberichterstattung darf nie dazu führen, einigen bevorzugten Journalisten ein Monopol zu verschaffen. Jede journalistische Arbeitsweise, die auch nur im entferntesten an die Methoden eines Propagandaministeriums erinnert, ist bei uns zum vorneherein zum Scheitern verurteilt. Damit soll nur gesagt sein, daß im Frieden die freie Presse und die politischen Parteien auch die Aufgabe der militärischen Aufklärung zu übernehmen haben. Sonst geraten wir unfehlbar auf Abwege und in den Verdacht, staatliche Propaganda zu betreiben.

Aus diesem Grund ist es verständlich, daß die Schweizerische Offiziersgesellschaft und ihre Sektionen nicht mit eigenen Presse-

stellen arbeiten. Auch das eidgenössische Militärdepartement war gut beraten, nicht einen eigenen Pressedienst, der als Artikellieferant auftritt, sondern eine Presse-Auskunfts- und Dokumentationsstelle zu schaffen. Damit wird zum vorneherein der klare Wille dokumentiert, auf Beeinflussungsmöglichkeiten, die der schweizerischen Auffassung von der Unabhängigkeit der Presse widersprechen, zu verzichten.

Auf diesem Wege wird es den Militärbehörden wohl am schnellsten gelingen, ein persönliches Vertrauensverhältnis zur Presse zu schaffen. Beachtliche Erfolge wurden bereits erreicht und werden noch deutlicher in Erscheinung treten, wenn auch die vielen militärischen Chiefs, ferner die kantonalen Militärdirektoren, die Schul- und Kurskommandanten, die Leiter der Militär-Regieanstalten von der Notwendigkeit der besseren Pflege der Umweltsbeziehungen überzeugt sind. Auch die Truppenkommandanten können hier mithelfen, wenn sie es verstehen, das militärische Erlebnis im W. K. oder in der R. S. für die Hebung der Wehrfreudigkeit und die Stärkung des Glaubens an unsere Landesverteidigung zu verwenden.

Geistige Auseinandersetzungen, wie sie das jahrelange Ringen um eine schweizerische Heeresreform nötig macht, müssen vom Offizier in möglichster Freiheit bestritten werden. Sie dürfen sich nicht im Schatten der militärischen Hierarchie abspielen. Für einen gesunden Klärungsprozeß bedarf es vieler aufeinanderprallenden Meinungen und einer möglichst ungehemmten Diskussion. Der Abschluß dieser Meinungskämpfe wird bei uns durch Ueberzeugen des Stimmbürgers herbeigeführt. Das allein zeigt schon, wie notwendig es ist, Wehrdiskussionen in Zukunft auf möglichst breiter Plattform zu führen. Es gehört zu den ungeschriebenen Pflichten des Milizoffiziers, als Bürger mit den Waffen des Bürgers für seine Ueberzeugung einzustehen. Tut er das, so erfüllt er eine militärische und eine bürgerliche Pflicht. Die Bedeutung einer freien Presse für unseren demokratischen Kleinstaat muß auch vom Offizier vorbehaltlos bejaht werden. Sie gilt auch für die militärpolitische Auseinandersetzung und kann unserer Milizarmee nur zum Segen gereichen.